

MAGWAS-BLITZ-BRIEFING: Kinderschutz 4.0 – Unsere Agenda für den Schutz von Kindern in der digitalen Welt

Ausgangslage:

Für das Jahr 2022 verzeichnet die deutsche Kriminalstatistik 15.520 Fälle von sexuellem Kindesmissbrauch, 42.075 Fälle von Verbreitung, Erwerb, Besitz und Herstellung von Missbrauchsdarstellungen, sogenannter Kinderpornografie, 6.746 Fälle von Verbreitung, Erwerb, Besitz und Herstellung von Jugendpornografie. Besonders bei den letztgenannten Delikten haben sich die Zahlen von 2021 auf 2022 mehr als verdoppelt. Diese schockierenden Zahlen zwingen uns, für die Prävention und Verfolgung von Missbrauchstaten gegen Kinder mehr zu tun.

Ziel der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Wir müssen den **Kinderschutz in der digitalen Welt weiter verbessern**. Wir stehen vor der dringenden Aufgabe, Sicherheit und Wohlbefinden insbesondere der jüngsten Generation – der Kinder und Jugendlichen – im digitalen Raum zu gewährleisten. Kinder und Jugendliche nutzen das Internet heute mehr denn je – sei es für Bildung, soziale Interaktion oder Unterhaltung. Doch das Internet birgt auch Gefahren: Von ungeeigneten Inhalten und Cybermobbing, bis hin zur Anbahnung von sexuellem Missbrauch und der Verbreitung von Kinderpornografie. Wir wollen deshalb an die Erfolge der CDU/CSU-geführten Bundesregierung in den letzten Wahlperioden anknüpfen und den Kinderschutz im digitalen Raum weiter verbessern.



Die immens gestiegene Zahl der Opfer mahnt uns, zu überprüfen, wie der Staat sowohl die Prävention des sexuellen Kindesmissbrauchs als auch die Aufklärung und Verfolgung dieser besonders verwerflichen Straftaten gegen Kinder weiter verbessern kann. Dies betrifft einerseits die personelle, finanzielle und technische Ausstattung der Präventionsstellen sowie der Strafverfolgungsbehörden, sowie insbesondere deren Befugnisse

Wir wollen deshalb die Prävention stärken. Deshalb fordern wir eine weitere Stärkung der personellen, finanziellen und technischen Ausstattung der Behörden, insbesondere auch beim Bundeskriminalamt (BKA). Es muss sichergestellt sein, dass die Ermittlungsbehörden hinsichtlich der Fähigkeiten und Befugnisse dauerhaft mit den Verbrechern Schritt halten können. Für die mit diesen besonders belastenden Ermittlungen befassten Beamten fordern wir angemessene finanzielle Zulagen.

Befugnisse der Behörden angemessen erweitern: Wir fordern eine verhältnismäßige und an den Grundrechten sowie der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichts orientierten Ausweitung der strafprozessualen und gefahrenabwehrrechtlichen Befugnisse zur Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs.

Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite. >

Konkrete Vorschläge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Mit unserem 18-seitigen Papier legen wir eine Reihe von Vorschlägen und konkreten Maßnahmen vor. Wir wollen unseren Kindern und Jugendlichen eine sichere Nutzung des Internets ermöglichen und besser vor den Risiken der Online-Welt schützen. Im Zentrum unserer Bemühungen steht die **Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs**, der auch häufig im Internet angebahnt oder durchgeführt wird. Kinderpornografische Medien werden in noch nie dagewesenem Umfang über das Internet verbreitet. Das ist ein unerträglicher Zustand, den wir beenden müssen. Unsere Vorschläge beinhalten u.a:

- Bei Vorliegen eines konkreten Verdachts schwerer Straftaten – wie des sexuellen Missbrauchs von Kindern – und einer richterlichen Anordnung im Einzelfall muss **Telekommunikationsüberwachung** bei interpersonellen Kommunikationsdiensten möglich und durchsetzbar sein. **Die Befugnisse der Strafverfolgungsbehörden müssen auch in der digitalen Welt so wirksam sein, wie sie es in der analogen Welt sind.** Wir brauchen unverzüglich eine **gesetzliche Regelung zur Speicherung von IP-Adressen für die Dauer von sechs Monaten zur Verfolgung schwerer Straftaten** wie des Kindesmissbrauchs und der Kinderpornografie. Die Bundesregierung muss ihre Blockade aufgeben. Dabei muss insbesondere eine praxistaugliche Regelung zur Speicherung von Portnummern getroffen werden, damit digitale Tatortspuren dem Verursacher sicher zugeordnet werden können.
- **Freiwillige Maßnahmen ermöglichen und ausweiten:** Wir wollen die Möglichkeit für Dienstanbieter erhalten und stärken, freiwillige Maßnahmen zur Aufdeckung des sexuellen Kindesmissbrauchs und zur Verhinderung der Verbreitung von Kinderpornografie auf ihren **Plattformen** zu treffen. Freiwillige Maßnahmen der Anbieter sollen sich positiv auf eine Risikobewertung auswirken. Die Weitergabe von Informationen über mögliche Treffer an die Strafverfolgungsbehörden muss für die Dienstanbieter rechtssicher sein.
- **Aufdeckungsanordnungen rechtssicher und praxistauglich gestalten:** Aufdeckungsanordnungen – als ultima ratio in einem mehrstufigen Vorgehen – wären stets von einer unabhängigen mitgliedstaatlichen Behörde oder einem Gericht anzuordnen und zu kontrollieren. Wir wollen, dass technische und juristische Maßnahmen grundsätzlich so angelegt sind, dass sie zu keiner unnötigen Erhöhung der Datenmenge und damit zu einem übermäßig hohen manuellen Überprüfungsaufwand führen. So verhindern wir, dass wichtige Kapazitäten bei den Strafverfolgungsbehörden unnötig gebunden werden.
- **Prävention weiter verbessern, Frühe Hilfen ausbauen:** Wir fordern den weiteren Ausbau präventiver Maßnahmen zum Schutz von Kindern, wie eine **Aufklärung an Schulen, Förderung von Medienkompetenz** und die Einführung kindgerechter Meldesysteme.
- **Keine Einschränkung von Ende-zu-Ende-Verschlüsselung:** Einschränkung von Ende-zu-Ende-Verschlüsselung über einen gesamten Dienst oder auf einem Endgerät – ohne konkreten Tatverdacht im Einzelfall – lehnen wir ab. Wir wollen das Instrument der Aufdeckungsanordnungen zudem so ausgestalten, dass serverseitig gespeicherte unverschlüsselte Daten – bei entsprechender Risikoneigung – einbezogen werden können. Dies ist in den USA bereits gängige Praxis; unzählige Missbrauchstaten konnten so aufgeklärt werden.
- **Die Polizei und Justiz müssen noch besser für die Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs und der Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen befähigt werden.** Deshalb fordern wir eine weitere Stärkung der personellen, finanziellen und technischen Ausstattung der Behörden.

Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Unser ausführliches Positionspapier [“Kinderschutz 4.0 – Unsere Agenda für den Schutz von Kindern in der digitalen Welt“](#) finden Sie hier zum Download.